

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2010
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 23.06.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Aufstellung von einer Skulptur und 12 Stelen für einen Kinderrechte-Skulpturenpark im Ferdinand-David-Park
Vorlage: 0542/2010
7. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2009
Vorlage: 0407/2010
8. Jahresbericht Offene Ganztagschule 2009
Vorlage: 0540/2010
9. Offene Ganztagschule
hier: Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen im Schuljahr 2010/2011
Vorlage: 0440/2010
10. Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0527/2010

11. Sicherung der Trägerpluralität bei den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 0537/2010
12. Ergänzungsvorlage Jugendförderplan 2010 - 2014
Vorlage: 0269-1/2010
13. Geschäftsbericht 2009 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0494/2010
14. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2009
Vorlage: 0496/2010
15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Medien und die anwesenden Gäste. Er fragt, ob die Ausschussmitglieder mit der Tagesordnung einverstanden sind oder ob es Ergänzungswünsche gibt. Das ist nicht der Fall.

2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt weist auf eine interessante Tabelle hin, die heute vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht worden sei (**siehe Anlage zu TOP 2**). Es gehe dabei um die Höhe der abgerufenen Mittel aus dem Investitionskostenprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 – 2013“. Er lasse die Tabelle dem Protokoll beifügen.

Weiterhin berichtet er über den vom Rat beschlossenen Kindergartenentwicklungsplan. Der Rat beabsichtige, zukünftig einen gewissen Anteil der Trägeranteile zu finanzieren. Man habe in diesem Zusammenhang eine vorläufige Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg bekommen, dass der Innenminister das als freiwillige Leistungen bewerten würde. Er sei der Meinung, dass das KiBiz auch für die Träger auskömmlich sei. Man sei sich im Verwaltungsvorstand darüber einig, dass man das, was der Rat beschlossen habe, auch so im Kindergartenbedarfsplan umsetzen wolle. Insofern werte er die Mitteilung der Bezirksregierung als eine vorläufige Mitteilung.

Herr Steuber erinnert daran, dass Herrn Reinke in der letzten Sitzung nach der Kinder- und Jugendhilfe GmbH Future gefragt. Man habe dem letzten Auszug des Protokolls daher einen Internetauszug des Anbieters beigefügt. An diesem Freitag finde ab 13.00 Uhr in der Boeler Straße die Eröffnung des Altenhagener Standortes statt. Falls jemand daran interessiert sein sollte, könne man sich in einen Kontakt begeben. Um eine Anmeldung für die Eröffnungsveranstaltung werde jedoch gebeten. Für den Fachbereich Jugend & Soziales sei es ein Anbieter im Bereich der ambulanten erzieherischen Hilfen, mit dem man jetzt auch zusammenarbeite.

Weiterhin teilt er mit, dass am gestrigen Tag der Selbsthilfegruppe „Kein Konsum“ der LWL-Gesundheitspreis überreicht worden sei. Diese Gruppe habe sich 2007 gegründet und seitdem unterstützten sich suchterkrankte Menschen

dabei gegenseitig, auf Alkohol und Methadon zu verzichten. Das sei eine große Anerkennung der Arbeit der gemeindenahen Therapie in Vorhalle.

Herr Strüwer ergänzt, dass das auch in einer entsprechenden Historie stünde. Im letzten Jahr sei der Sozialpreis an „Pro Integration“ für ihre vorbildliche Arbeit in Bezug auf die Vermittlung lerndezimierter Kinder in den ersten Arbeitsmarkt verliehen worden.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Hanussek berichtet, dass der Jugendrat für den 2. Preis bei dem Handy-Festival Clip eine Summe von 300 € spendet.

Frau Fischer bringt eine Anregung aus einer Jugendratssitzung mit, bei der es um die Preispolitik der Hagener Bäder geht. Schwimmen sei für Jugendliche in Hagen derzeit ein teures Vergnügen. Es stelle sich die Frage, warum es für Schüler, Studenten und Auszubildende keinen Preisnachlass gebe. Sie ist der Meinung, dass die Bäder sicher mehr jugendliche Besucher haben könnten, wenn es eine andere Preisgestaltung für diese gebe.

Herr Strüwer begrüßt das Engagement für die jungen Menschen in Hagen. Er weist darauf hin, dass der Rat der Stadt Hagen leider keinen Einfluss auf die Preispolitik von Hagenbad habe. Nichtsdestotrotz seien in den Ausschüssen und in den Gremien Kommunalpolitiker vertreten. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses würden dafür Sorge tragen, dass entsprechende Vertreter aus den Parteien dieses Anliegen in den Vorstandsbesprechungen aufgreifen würden. Man werde das Anliegen auch an Herrn Köther weiterleiten, der auch daran interessiert sei, dass man in den Hagener Bädern eine ausgewogene Preispolitik hätte.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer, ob der Jugendrat dieses Anliegen bereits schriftlich formuliert habe, teilt Frau Fischer mit, dass man dabei sei, einen offenen Brief an Hagenbad zu verfassen.

Herr Strüwer schlägt vor, in dem Schreiben darauf hinzuweisen, dass der Jugendhilfeausschuss dieses Anliegen unterstütze.

4. Bündnis für Familien

entfällt

5. Stand der Umsetzung des KiBiz

Herr Dr. Schmidt berichtet zur Kindergartenplanung Dödterstraße / Närrischer Reichstag, dass man sich nach langen Überlegungen dazu entschlossen habe, das Projekt aufgrund unkalkulierbarer Kosten nicht weiter zu verfolgen.

6. Aufstellung von einer Skulptur und 12 Stelen für einen Kinderrechte-Skulpturenpark im Ferdinand-David-Park

Vorlage: 0542/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erklärt, dass es sich hier um ein ehrenwertes Projekt handelt, das leider sehr kostenaufwendig sei. Er weist darauf hin, dass noch 10.000 € fehlten, um über die interessierte Öffentlichkeit zusätzlich Geld zu akquirieren. Er dankt den Investoren.

Da keiner der Ausschussmitglieder Einwände erhebt, stellt er fest, dass der Beschlussvorschlag einstimmig so beschlossen ist.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Hagen-Mitte stellt die im Dr. Ferdinand-David-Park zur Aufstellung der Skulptur Kinderrechte und der zusätzlichen Stelen erforderlichen Flächen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>15</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

7. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2009
Vorlage: 0407/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Gandhi und Herrn Liermann.

Die beiden Gäste stellen den Jahresbericht des Music-Office-Hagen vor.

Auf die Frage von Frau Köppen, aus welchem Bereich der städtische Zuschuss in Höhe von 10.508 € komme, wird mitgeteilt, dass diese Mittel zu 50 % aus dem Kulturbereich und zu weiteren 50 % aus dem Jugendbereich stammen.

Herr Strüwer bedankt sich für den Vortrag und wünscht alles Gute für die weitere Arbeit.

Beschluss:

Der Kultur- und Weiterbildungsausschuss und der Jugendhilfeausschuss nehmen den Jahresbericht des Music-Office-Hagen für das Jahr 2009 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

8. Jahresbericht Offene Ganztagschule 2009
Vorlage: 0540/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Engelhard stellt den Jahresbericht Offene Ganztagschule 2009 vor.

Herr Fischer erklärt, dass er in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen wolle, dass es Gespräche mit ihnen als Träger gebe. Es gebe Überlegungen des Kämmers, die Eigenmittel der Stadt in Höhe von 900.000 € herunterzufahren. Das orientiere sich an dem „Modell Oberhausen“. Dieses Modell gehe von 1.200 € pro Kind aus. Bisher habe man pro Kind 1.700 € zur Ver-

fügung. Man habe hier in Hagen einen guten Standard miteinander entwickelt und bereits einen Sparbeitrag durch die Wandlung von Kinderhorten zum Offenen Ganztage geleistet. Es gehe um das Notwendige, was Kinder bräuchten, wenn sie den ganzen Tag in der Schule verbrächten. Da könnten keine Abstriche gemacht werden. Die Vorlage mache deutlich, dass die Stadt Hagen an dieser Stelle richtig aufgestellt sei. Das Land sei auch nach Einführung des Offenen Ganztages gut beraten, die Landesmittel entsprechend anzuheben und für die weitere qualitative gute Umsetzung einer Offenen Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen zu sorgen.

Herr Dr. Schmidt warnt vor der Vorstellung, dass die neue Landesregierung mehr Geld zum Verteilen hätte. Die Schwerpunkte würden möglicherweise anders gesetzt.

Er weist darauf hin, dass es Aufgabe des Kämmers sei, überall zu schauen, wo gespart werden könne. Da vergleiche er sich auch mit anderen Städten. Die Aufgabe der Fachverwaltung sei dagegen, in dieser Situation den Qualitätsstandard mindestens zu halten. Über den Qualitätsstandard OGS befinde der Ausschuss und letztendlich der Rat der Stadt Hagen. Man wolle den Qualitätsstandard in diesem Bereich nicht deutlich herunterfahren. Die nächste Vorlage zeige zum Beispiel deutlich, dass hier alle in dieser Notsituation an einem Strang gezogen hätten.

Herr Strüwer zieht das Fazit, dass deutlich geworden sei, dass diesem Ausschuss wichtig sei, die Standards des Offenen Ganztags zu halten. Der Offene Ganztage sei in Hagen eine Erfolgsgeschichte. Die Verantwortung, die die freien Träger in diesem Bereich übernehmen, sei beeindruckend. Leider unterläge man dabei immer finanziellen Zwängen.

Beschluss:

Der Jahresbericht Offene Ganztagschule 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

9. **Offene Ganztagschule**
hier: Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen im Schuljahr 2010/2011
Vorlage: 0440/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer ergänzt, dass man bei den Planungen auch die rückläufigen Schülerzahlen berücksichtigen müsse. Das werde angesichts der prognostizierten Zunahme von Anmeldungen seitens der Lernanfänger zu einer Entlastung führen.

Herr Fischer merkt an, dass alle Kinder, die berufstätige Eltern hätten, die Möglichkeit hätten, einen Platz zu bekommen. Es gebe allerdings insgesamt mehr Anmeldungen. Kinder, die zum Beispiel wegen Hausaufgabenbetreuung unterstützt werden müssten, könnten im Moment nicht berücksichtigt werden. Er sähe daher auch nicht, dass auf Dauer der Bedarf sinken würde, sondern das Gegenteil sei der Fall.

Herr Dr. Schmidt hofft darauf, dass sich das zukünftig ausgleiche. Festzustellen sei, dass derzeit 150 Anmeldungen nicht hätten befriedigt werden können. Dort müsse man zukünftig versuchen, Lösungen zu finden. Es gebe derzeit 7000 Grundschüler, von denen sich 1890 in der Betreuung befänden.

Frau Köppen und Herr Losch stellen inhaltliche Fragen zu der Vorlage, die von Herrn Fischer und Herrn Goldbach beantwortet werden.

Herr Strüwer schließt sich dem von Herrn Goldbach in der Einführung ausgesprochenen Dank an die freien Träger an.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

10. **Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"**
Vorlage: 0527/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert bei diesem Bericht an das in der Vergangenheit praktizierte Verfahren, den Bericht nach erfolgtem Versand in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzubringen. Anschließend durchlaufe er die Beratung in den Bezirksvertretungen, dann werde er zur Beratung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung überwiesen. Abschließend komme er dann noch einmal zur letztmaligen Beratung in den Jugendhilfeausschuss. Er schlägt vor, dieses Verfahren beizubehalten.

Frau Haack führt kurz in den Bericht ein. Der Aufbau des Berichts habe sich nicht verändert. Sie bittet um Vereinbarung eines Termins für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Man einigt sich auf den 31.08.2010, 16.00 Uhr für die Beratung im Unterausschuss.

Beschluss:

Der Bericht zum Arbeitsfeld „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen“ wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen und an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur weiteren Beratung am 31.08.2010 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

11. **Sicherung der Trägerpluralität bei den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit**
Vorlage: 0537/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer erklärt, dass der Weg, der hier besprochen wurde, in den letzten zehn Jahren eingeleitet worden sei. Eine Stadt wie Hagen, die jeden Tag

400.000 € neue Schulden mache, sei gezwungen, neue Wege zu beschreiten. Hierbei dürfe die Jugendarbeit nicht zerschlagen werden. Der von der Verwaltung vorgeschriebene Weg sei ein praktikabler Weg. Mit dem Instrument des Jugendförderplans, der Planungssicherheit bis zum Jahr 2014 gebe, habe man gute Möglichkeiten, den Bestand an Kinder- und Jugendarbeit auf einem hohen Level zu halten. Er bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeitern des Fachbereiches Jugend & Soziales, die diesen Weg so offensiv beschritten hätten.

Herr Dr. Schmidt möchte eine Ergänzung für die politische Diskussion machen. Man solle sich die Situation vorstellen, in der man stecke, wenn weiterhin keine externen Einstellungen möglich seien. Er äußert die Bitte, an den Rat der Stadt ein Signal von Seiten der Jugendpolitik zu geben, wie denn für einen gesicherten Zeitraum auch dann Jugendzentren betrieben würden. Das solle dann für eine gewisse Zeit Bestand haben, um die Verwaltung nicht in die Situation zu bringen, bald wieder eine inhaltliche Diskussion führen zu müssen.

Herr Strüwer berichtet darüber, dass die Gespräche, die er mit der Stadtspitze geführt habe, in die Richtung gingen, dass, wenn man sich schon in eine solche Richtung bewege, man im Gegenzug auch eine Sicherheit geben müsse. Man habe hier die Situation, dass der Jugendhilfeausschuss als letztes Gremium entscheide. Das sei ausdrücklich so mit der Stadtspitze abgesprochen, dass diese Vorlage Gegenstand des laufenden Geschäfts des Ausschusses sei. Unter dem Gesichtspunkt sei es seines Erachtens nicht zwingend erforderlich, hier am heutigen Tage einen zusätzlichen Beschluss zu fassen. Er würde vorschlagen, einen solchen Beschluss in der nächsten Sitzung einzubringen. Dann sei man in der Lage, Hintergründe deutlich zu machen. Es stehe kein zeitlicher Druck dahinter.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, dass die SPD-Fraktion gerade hier ein Zeichen für die zukünftigen Beratungen in den Bezirksvertretungen setzen wolle. Wenn man dieser Vorlage zustimme, stimme man auch den beiden Sätzen zu, die in der Kurzfassung der Vorlage stünden. Sie beantragt, diese beiden Sätze als erste Punkte der Beschlussfassung voranzustellen. Das wäre die grundsätzliche Bejahung des Statements, dass in jedem Stadtbezirk mindestens eine kommunale Einrichtung vorgehalten werden müsste. Man wolle die Umstrukturierungspläne mittragen.

Frau Helling stellt fest, dass die Vorlage auf der Basis des Jugendförderplans entstanden sei. Dadurch sei ja für eine gewisse Zeit Planungssicherheit erstellt worden. Man wisse allerdings nicht, wie sich die Finanzlage zukünftig entwickeln werde. Es sei nicht sinnvoll, sich da langfristig zusätzlich zu verpflichten. Damit sei die FDP-Fraktion nicht einverstanden.

Herr Haensel stellt sich die Frage, was wäre, wenn in einigen Jahren erkennbar sei, dass diese Arbeit in dem Umfang nicht mehr weiter gemacht werden könne und es dann zu weiteren Schließungen von Einrichtungen käme. Wäre dann damit der Bestand der städtischen Einrichtungen gesichert und es käme nur zu Kürzungen bei den Einrichtungen freier Träger?

Herr Goldbach entgegnet, dass man die Funktion des Jugendförderplans und

die Frage der Umsetzung auseinanderhalten müsse. Man beschließe heute den Jugendförderplan. Dieser gebe den Rahmen der Angebote und Maßnahmen und ihrer Finanzierung für die Dauer der Legislaturperiode dieses Rates vor. Der nächste Jugendförderplan könne das anders festlegen. Bei der Ausführung des Jugendförderplans könnten Veränderungen vorgenommen werden. Es sei ja gerade nicht gewünscht, dass dieser Plan ein starres Instrument sei. Daher habe man in den letzten 3 Jahren Veränderungen vorgenommen, die dann jeweils vom Jugendhilfeausschuss beschlossen worden seien. Mit dieser Vorlage würden die Ausführungsvorlagen beauftragt. Zunächst einmal wolle man vom Ausschuss den Grundsatzbeschluss haben, dass dies der Weg sei, den man gehen wolle. Daneben beinhalte diese Vorlage das deutliche Bekenntnis, dass kommunal verantwortete Jugendarbeit in dieser Stadt weiterhin erforderlich sei. Wenn man diesen Weg gehe, werde man an den Punkt kommen, dass die kommunalen Einrichtungen nicht ohne externe Einstellungen von Personal fortgeführt werden könnten.

Die Vorlage sei auch in die zuständige Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII eingebracht worden. Die Vorlage mit dem Beschlussteil werde dort einstimmig so mitgetragen.

Er weist darauf hin, dass man heute aus zeitlichen Gründen ein Signal zu Punkt 3 der Beschlussvorlage bräuchte.

Herr Reinke ist der Meinung, dass es vielleicht sinnvoller gewesen sei, diese Vorlage nach der Beschlussfassung zum Jugendförderplan zu beraten. Seines Erachtens sei dieser Beschlussvorschlag so vollkommen ausreichend, so dass man keinen zusätzlichen Beschluss fassen brauche.

Herr Haensele möchte nicht missverstanden werden. Das Anliegen der Verwaltung unterstütze er ausdrücklich. Er frage sich nur, was man denn da eigentlich beschließe. Er sei der Meinung, dass es für die Einrichtungen, die bei der Stadt geführt würden, eine Entwicklungsoption geben müsse.

Herr Steuber erklärt, dass man sehr wohl angedacht habe, die fünf kommunalen Einrichtungen auf Dauer zu betreiben. Er habe der Diskussion entnommen, dass man die Sorge habe, dass man sich auf Dauer binde. Der Rat beschließe den Jugendförderplan immer nur für eine Legislaturperiode.

Herr Strüwer macht deutlich, dass die Stärke des Jugendförderplans in der Vergangenheit die gewesen sei, dass der finanzielle Rahmen vom Rat vorgegeben sei. Das Land verpflichte sich, entsprechend Mittel einzubringen. Das Wesentliche für den Jugendhilfeausschuss sei es immer gewesen, im Rahmen dieses finanziellen Konstrukts die Möglichkeit zu haben, punktuell Veränderungen vorzunehmen und auch Neuerungen einzuführen. Es sei gelungen, während der letzten Legislaturperiode durch Verschiebungen im Gesamtbereich zwei neue Jugendeinrichtungen ins Leben zu rufen. Aus diesem Grunde halte er es für wichtig, auch diesen Jugendförderplan nicht von vornherein mit irgendwelchen Festsetzungen zu bedenken, die möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt Spielräume einschränke.

Herr Feldhaus zitiert eine Aussage von Herrn Steuber, dass die Überlegungen in der Vorlage beispielhaft seien. Wenn er sich den Jugendförderplan an-

schaue, der auch Zielvorgaben beinhalte, frage er sich, was denn dann bindend sei. Das sei für ihn nicht klar nachzuvollziehen.

Herr Goldbach antwortet, dass die Einrichtungen, die die Kommune weiterhin betreiben wolle und die, die in eine andere Trägerschaft übergehen sollen, benannt würden. Man mache auch Vorschläge zu den Trägerschaften und werde diese Überlegungen auch in die Arbeitsgemeinschaft und in den Jugendhilfeausschuss einbringen. Man werde das nicht neutral machen, sondern diesem Ausschuss eine Empfehlung geben.

Herr Feldhaus versteht die Ausführungen dahingehend, dass man hier den Rahmenbereich des Jugendförderplans beschließe und im Einzelfall der Jugendhilfeausschuss dann noch mal beteiligt werde.

Frau Klos-Eckermann meint, dass deutlich geworden sei, dass es sich um einen überschaubaren Zeitraum handelt, für den man sich hier festlege. Sie erklärt, dass sie ihren Antrag zurückzieht. Sie würde das möglicherweise in der Septembersitzung noch einmal einbringen. Es sei ihr ein wichtiges Anliegen.

Herr Strüwer stellt fest, dass die Vorlage heute in erster Lesung zur Kenntnis genommen wird. Er stellt außerdem den Punkt 3 der Beschlussfassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Zur Fortführung der Arbeit im Spiel- und Sportpark Emst und zur Realisierung des Familienzentrums wird eine Kooperation mit dem Jugendring Hagen ab dem 1.7.2010 angestrebt. Die durch die dortige Stellenvakanzen eingesparten Personalkosten werden für das Haushaltsjahr 2010 außerplanmäßig als Fördermittel / Transferaufwendungen bereitgestellt und in den Folgejahren entsprechend kostenneutral eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>15</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

12. Ergänzungsvorlage Jugendförderplan 2010 - 2014
Vorlage: 0269-1/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer berichtet, in welchen Gremien diese Vorlage bereits beraten worden sei. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vom 14.06.2010 hin, in dem auch die Beschlüsse der Bezirksvertretungen Berücksichtigung gefunden hätten.

In diesem Zusammenhang habe Herr Kohaupt ihn gebeten, dem Jugendhilfeausschuss zum Vorschlag zu machen, zukünftig ein Spielmobilangebot in Hefle zu realisieren, mit in den Beschlussvorschlag zu nehmen. Hintergrund dieser Bitte sei, dass zukünftig das Jugendzentrum in Hefle wegfallen solle.

Herr Helling fragt, wie sich die erhöhten Ansätze für die kleinen Einrichtungen in Dahl, Berchum und Henkhausen ergäben.

Herr Strüwer erklärt dazu, dass das Gesamtpaket kostenneutral sei. Der Betrag, der bei der Streetworkarbeit reduziert worden sei, sei den drei kleinen Einrichtungen zugeschlagen worden. Insgesamt mache dieser Jugendförderplan eine Reduzierung des Gesamtansatzes von 180.000 € aus.

Herr Fischer berichtet aus der Diskussion des Unterausschusses.

Herr Reinke erinnert an seine Frage bei der Einbringung des Jugendförderplans im April diesen Jahres. Man habe für 2010 den Übergang beschlossen, dass wie beim Jugendförderplan 2009 vorgegangen werden sollte. In der vorliegenden Vorlage sei ausgewiesen, dass bereits in 2010 eine Summe von 136.574 € konsolidiert werden solle.

Weiterhin habe er im April das Projekt „Soziale Stadt“ in Althenhagen und Wehringhausen angesprochen, das ausgelaufen sei. Mittlerweile gebe es das Nachfolgeprojekt „Stärken vor Ort“. Seine Bitte sei gewesen, die Zuschüsse in Höhe von insgesamt 150.000 € im Jugendförderplan darzustellen.

Er merkt an, dass man beim Vergleich des Berichts „Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen“ und des Jugendförderplans feststelle, dass die Zahlen der Berichte teilweise anders dargestellt seien. Für manche Einrichtungen sei nur der Zuschuss der Stadt dargestellt und nicht die gesamten Kosten. Neu sei auch, dass nunmehr die Objektkosten dargestellt würden. Die Werke seien schwer zu vergleichen. Er bäte zukünftig um eine nachvollziehbare Darstellung der Kosten.

Insgesamt werde er dem Werk heute zustimmen.

Bezüglich des Zuschusses an die DGB-Jugend fragt er, ob dieser noch zeitgemäß sei.

Bezüglich der Jugendeinrichtung in Halden weist er auf das außerordentliche ehrenamtliche Engagement von 40 Erwachsenen und Jugendlichen hin. Seine Bitte sei, das zukünftig zu unterstützen.

Die Kürzung des Zuschusses an die Einrichtung Loxbaum fände er besonders schmerzlich.

Herr Goldbach nimmt zunächst Bezug auf die Einsparungen, die für das Jahr 2010 ausgewiesen seien. Es handele sich dabei ausschließlich um Einsparungen, die sich bei der Stadt durch bereits vorhandene Stellenvakanzen ergeben hätten.

Die Maßnahme in Vorhalle sei durch unterschiedliche Töpfe in den letzten 10 Jahren finanziert worden. Das letzte Programm passe nicht in den Jugendförderplan.

Die Objektkosten würden tatsächlich an dieser Stelle zum ersten Mal ausgewiesen. Man spare einen nicht unerheblichen Teil der Gesamteinsparung über diesen Weg ein. Man habe mit Priorität versucht, an Gebäuden und Unterhaltung von Gebäuden zu sparen als an den Angeboten, die man vor Ort präsentiere.

Was die Einrichtung Loxbaum angehe, sei das sicher nicht angenehm, aber er sei davon überzeugt, dass trotz der Einsparung ein tragfähiges Angebot präsentiert werden könne.

Der Zuschuss an die DGB-Jugend solle so bestehen bleiben. Auch hier sehe er es als Gebot der Trägerpluralität für die größeren Träger, die auch den Jugendring in Hagen mit ihrer Hauptamtlichkeit trügen. Er werbe dafür, auch die Jugendverbandsarbeit mit ihren Strukturen nicht aufzugeben, sondern auch von ihrem Potential her weiter zu fördern.

Was vorläufig sei, sei die Fragestellung der Verteilung von Aktivitätenmitteln wie Jugendfreizeiten etc. Dort erarbeite man mit dem Jugendring zusammen eine andere Förderstruktur, die stärker die Angebote vor Ort fördern solle.

Herr Reinke teilt mit, dass er bezüglich des Zuschusses an die DGB-Jugend bei der Beratung des Berichts „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ darauf zurückkommen werde.

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Jugendförderplan zustimmen werde, weil sie das Instrumentarium der Planungssicherheit für die kommenden Jahre für dringend erforderlich hielte. Nichtsdestotrotz mache sie das mit „schmerzdem Herzen“, weil sie das Empfinden hätte, dass das Geld, das in die Jugendarbeit gesteckt werde, deutlich zu wenig sei. Der Beitrag zur Konsolidierung werde dennoch mitgetragen. Das Maß an Einsparung könne nicht mehr unterschritten werden.

Herr Strüwer stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendförderplan wird für die Jahre 2010 - 2014 beschlossen.

Im Rahmen der Gestaltung des Jugendförderplans werden im Rahmen des bereitgestellten Finanzbudgets bedarfsgerechte Anpassungen von Angeboten und Trägerschaften durch Beschluss des JHA angestrebt.

Die „kleinen Einrichtungen“ in Dahl, Berchum und Henkhausen werden mit 28.000 € p.a. gefördert, die mobile Jugendarbeit erhält einen jahresbezogenen Zuschuss lt. Zeitplan von 77.500 €.

Die Kooperation Spiel- und Sportpark Emst mit dem Jugendring zur Sicherung der dortigen Personalausstattung soll kostenneutral zum 01.07.2010 realisiert werden.

Die Verlagerung der Jugendarbeit im Volmetal von Rummenohl nach Dahl wird bereits zum 01.01.2011 realisiert. Es wird angestrebt, mit dem Träger ein reduziertes dezentrales Angebot auch in Rummenohl anzubieten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Spielmobilarbeit im Bereich Hilfe insbesondere für die Altersgruppe der 6 – 12jährigen anzubieten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Veränderungsmaßnahmen umzusetzen.

Der Beschluss wird entsprechend des hinterlegten Zeitplans bis zum 01.07.2013 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>13</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>1</u>

13. Geschäftsbericht 2009 für den Fachbereich Jugend und Soziales Vorlage: 0494/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber stellt den Geschäftsbericht anhand einiger ausgesuchter Schwerpunkte vor.

Herr Losch fragt im Zusammenhang mit den Erziehungshilfen, wie es zukünftig mit entsprechenden vorbeugenden Maßnahmen aussehe.

Herr Steuber antwortet, dass man sich gemeinsam mit 4 Trägern in den vergangenen Monaten intensiv mit diesem Thema beschäftigt und dabei ein Konzept entwickelt habe. Man habe in Hagen eine Menge von Bausteinen, die man als frühe/präventive Hilfe bezeichnen könne. Man habe auch analysiert, dass es durchaus eine durchbrochene Kette gebe. Nach den Willkommensbesuchen gebe es keine gesicherte Brücke, die den Weg bis zu einer Betreuung im U-3-Bereich weitergehe. Man würde gern in diesem Zusammenhang ein paar Vorschläge machen. Es werde notwendig sein, die Wirksamkeit zu belegen. Das

vorgelegte Konzept sei im Vorstand beraten worden und solle jetzt noch in der Zukunftskommission beraten werden. Es sei dabei die Hürde zu überwinden, nachweisen zu müssen, bei einer solchen Investition letztendlich bei den Aufwendungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung die Kosten senken zu können.

Herr Reinke erinnert daran, dass im Dezember letzten Jahres das Kinderschutzkonzept für Hagen mit Maßnahmenplanung beraten worden sei. Dabei sei in Aussicht gestellt worden, dem Jugendhilfeausschuss bis zum Frühjahr diesen Jahres darüber zu berichten. Er fragt, wann damit zu rechnen sei.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass es sich quasi um eine freiwillige Aufgabe handle. Wegen dieser Diskussion habe sich die Angelegenheit zeitlich verzögert.

Herr Steuber ergänzt, dass man hier Konsens mit den freien Trägern habe. Das Konzept werde dem Jugendhilfeausschuss so schnell wie möglich präsentiert. Er setzt die Vorstellung des Geschäftsberichtes fort.

Herr Strüwer bedankt sich bei der Verwaltung. Er stellt fest, dass man den Bericht in der heutigen Sitzung als erste Lesung betrachten werde. Eine intensivere Diskussion werde dann nach der Sommerpause erfolgen.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht 2009 für den Fachbereich Jugend & Soziales wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

- 14. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2009
Vorlage: 0496/2010**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer stellt fest, dass auch der Bericht der Verbände in der heutigen Sitzung in erster Lesung zur Kenntnis genommen werde. Er bittet um Vorschläge, welche Träger nach der Sommerpause eingeladen werden sollten, um über ihre Arbeit zu berichten.

Herr Dr. Schmidt erklärt in diesem Zusammenhang, dass man seit geraumer Zeit auch unter dem Thema „Kennzahlen und Ziele“ eruiere, wie Politik anhand solcher Berichte auch Verwaltung steuern könne. Er würde sich freuen, wenn die Diskussion im Herbst nicht nur die Zahlen hinterfrage, sondern vielleicht auch in einigen Bereichen zu Zielvorgaben für die Verwaltung führen könnte.

Beschluss:

Der Jahresbericht 2009 der freien Träger der Jugendhilfe wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.05 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin